

Das Atommüll-Endlager rückt näher

Entsorgungsgesellschaft Nagra stellt 20 mögliche Standorte für eine Oberflächenanlage vor – viele davon in der Grenznähe

LÖRRACH (BZ/sda). Die Nationale Gesellschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hat am Freitag 20 Orte vorgeschlagen, die aus ihrer Sicht für Oberflächenanlagen zur Zwischenlagerung und Verpackung von Atommüll geeignet sind. Darunter sind auch einige Standorte an der Grenze zu Deutschland.

2018 bis 2020 sollen die Eidgenossen entscheiden, wo die Schweiz ihren radioaktiven Müll vergraben wird. Sechs Regionen sind noch in der Diskussion; für je-

den Standort hat die Entsorgungsgesellschaft Nagra jetzt Vorschläge für die sogenannte Oberflächenanlage gemacht. Dort werden die nuklearen Abfälle angeliefert und für die Einlagerung vorbereitet.

„Wir haben die Standortvorschläge der Oberflächenanlage aufgrund der Sicherheit und technischen Machbarkeit, der Raum- und Umweltverträglichkeit und der lokalen Eingliederung erarbeitet. Nun unterbreiten wir diese den regionalen Mitwirkungsgruppen in den Standortregionen“, erklärte Thomas Ernst, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Nagra.

Als nächsten Schritt sollen die Vorschläge mit den betroffenen Regionen diskutiert und überarbeitet werden. Regionale Arbeitsgruppen, in denen auch die deutsche Bürgermeister vertreten sind, können Vorschläge machen, wo die Oberflächenanlage stehen soll oder ob der Atommüll mit dem Zug oder mit dem Lastwagen angeliefert werden soll.

Die Nagra hat dann die Aufgabe, einen Standort pro Region für die weitere Bearbeitung zu bezeichnen. Aufgrund von Sicherheitsanalysen wird die Zahl der möglichen Standorte dann auf mindestens

zwei verringert.

Für den Waldshuter Landrat Tilman Bollacher ist es alles andere als überraschend, dass einige der von der Nagra benannten Standorte für die Oberflächenanlagen in geringer Entfernung zur deutschen Grenze platziert werden sollen. Dies trifft besonders zu für den Standort **Rheinau-Marthalen** in der Standortregion Zürich Nordost (Ziffer 1 in der Karte) sowie **Mellikon-Rekingen** (Ziffer 10) und **Weiach** (Ziffer 9) in der Standortregion Nördlich Lägern. Sie seien nur 500 Meter nicht mehr als 500 bis 1000 Meter von den deutschen Grenzgemeinden Küssaberg, Hohentengen und Jestetten entfernt. Es sei deshalb unbedingt nötig, mehr deutschen Gemeinden Mitsprache im schweizerischen Planungsverfahren einzuräumen.

„Ich werde kritisch verfolgen, wie diese Vorschläge in den Regionalkonferenzen und deren Fachgremien in den Standortregionen diskutiert und beurteilt werden“, wird Bollacher in einer Pressemitteilung des Landratsamtes zitiert. Die Grenznahe zu Deutschland dürfe kein Kriterium für die Festlegung dieser Oberflächenanlagen sein. Es sei nachvollziehbar gewesen, so Bollacher, dass es geologische Gegebenheiten waren, die zur Festlegung der Standortregionen geführt hätten. Dies treffe aber für die Infrastrukturreinrichtungen nicht zu. Nach Meinung Bollachers sind sie planbar und können durchaus in weiterer Entfernung zur deutschen Grenze gebaut werden. Oberflächenanlagen können im Unterschied zu unterirdischen Lagerteilen flexibel platziert, erschlossen und gestaltet werden.

Nicht nur von dem eigentlichen Endlager gingen Risiken aus, sondern auch von den Oberflächenanlagen, denn dort sollen in „heißen Zellen“ stark strahlende Brennelemente unverpackt werden, bevor diese in die Tiefenlager kommen. Die vorgeschlagene Anordnung der Oberflächenanlagen zum Teil unmittelbar an der Grenze werfe die Frage des Betroffenheitsradius wieder auf. Dieser müsse auf deutscher Seite auf jeden Fall weiter gezogen werden als bisher.

Landrat Bollacher sieht sich in der Frage auch durch den Koalitionsvertrag der Landesregierung von Baden-Württemberg bestätigt, in dem eine Beteiligung der deutschen Grenzregion bis zu 30 Kilometer von den Standortregionen gefordert werde. Die Schweiz aufgrund der veränderten Sachlage auf jeden Fall bewegen, denn von diesen grenznahen Oberflächenanlagen seien mehr deutsche Gemeinden betroffen als bisher. Obwohl die Vorschläge für die Platzierung der Standorte zuerst in den Regionalkonferenzen und deren Fachgremien diskutiert und beurteilt werden sollen, werde er die

■ Mögliche Standorte für Endlager



Vorschläge Standortareale

Südranden

- 1 Hallau, Wilchingen
- 2 Beringen
- 3 Beringen

Zürich Nordost

- 4 Schlatt
- 5 Rheinau, Marthalen
- 6 Marthalen
- 7 Marthalen

Nördlich Lägern

- 8 Glattfelden, Bülach
- 9 Glattfelden
- 10 Glattfelden
- 11 Mellikon, Rekingen

Jura Ost

- 12 Würenlingen
- 13 Villigen, Böttstein
- 14 Bözen, Effingen
- 15 Hornussen

Jura-Südfuß

- 16 Buchs
- 17 Kölliken
- 18 Däniken
- 19 Däniken

BZ-GRAFIK/DRE

QUELLE: LANDRATSAMT WALDSHUT

Angelegenheit mit einem wachsamen Auge verfolgen und mit Unterstützung des Bundes und des Landes die Belange der Bevölkerung der Hochrheinregion bei den Schweizer Stellen einfordern, so Tilman Bollacher.

Der Aargauer Regierungsrat hat die Standortvorschläge ungewohnt scharf kritisiert. Das Vorgehen der Nagra und des Bundes sei „unverständlich“. Die Kantone seien nicht einbezogen worden.

Die Vorschläge der Standorte seien „nicht nachvollziehbar“, wird Regierungsrat Peter C. Beyeler (FDP) in einer Medienmitteilung der Staatskanzlei zitiert. „Wir sind sehr überrascht über die Standortvorschläge.“ Die kantonalen Entwicklungsgebiete seien nicht berücksichtigt worden. Der Aargau wolle grundsätzlich kein geologisches Tiefenlager. Der Kanton trage bereits heute große Lasten für die gesamte Schweiz im Verkehrs- und Energiebereich, hält der Regierungsrat fest. Oberste Priorität beim Standortentscheid müsse die höchstmögliche Sicherheit für Menschen und Umwelt haben. Diese Sicherheit sei nicht verhandelbar.

Deshalb seien die weiteren Sicherheitsabklärungen des geologischen Untergrunds von größter Wichtigkeit.

Kritik am Vorgehen der Nagra und des Bundesamtes für Energie äußerte auch der Verein Niederamt ohne Endlager. Zuerst müsse ein sicherer Standort für ein Atomendlager feststehen, erst danach sollten Standorte für Oberflächenanlagen gesucht werden. Nagra und BFE würden die Bevölkerung unnötig verängstigen.

▶▶ Weitere Informationen:
www.nagra.ch

INFO

REDE UND ANTWORT

Das Schweizer Bundesamt für Energie informiert die deutschen Bürger in zwei Informationsveranstaltungen über die Vorschläge in den einzelnen Standortregionen. Die Veranstaltungen finden am **13. Februar** in **Hohentengen** (Gemeindehalle) und am **14. Februar** in **Laufenburg** (Rappensteinhalle) statt. Beginn ist um jeweils um 19 Uhr.